IMT Nuremberg Archives

H – 3604

International Court of Justice

H3604 - 0002

OFFICE OF CHIEF OF COUNSEL FOR WAR CRIMES

EVIDENCE DIVISION

Date : 4 August 1948

I certify that Document Number 007-PS was introduced into evidence as Exhibit Number GB-84 in the Trial by the International Military Tribunal of Hermann GOERING, et al, which commenced on 20 November 1945, and that the attached photostat is a true and correct copy of the original.

Fred Niebergall

Fred NIEBERGALL
Chief, Document
Control Branch.

H3604 - 0003

C E R T I F I C A T E

I hereby certify that the annexed document 007-PS No. GB-84 is a photostat of an original document submitted in evidence by the British Prosecution under this number. The original document has been withdrawn in accordance with Rule 10 of the International Military Tribunal, and to the best of my knowledge and belief is to be held at the National Archives, Washington D.C.

Paul Joosten

PAUL A. JOOSTEN

General Secretary
International Military Tribunal

Nuremberg, 4 August 1948

H3604 - 0004

007-PS

Kurzer Tätigkeitsbericht des Außenpolitischen Amtes der NSDAP. von 1933-1943.

Bei der Begründung des Außenpolitischen Amtes am 1.4.1933 gab der Führer die Weisung, daß es sich nicht zu einer großen Behörde auswachsen sollte, vielmehr durch Initiative und Anregungen seine Wirksamkeit zu entfalten hätte.

Entsprechend der von vornherein außerordentlich feindseligen Stellungnahme der Sowjetregierung in Moskau wandte das neugegründete Amt seine besondere Aufmerksamkeit den inneren Zuständen in der Sowjetunion zu als auch den Auswirkungen des Weltbolschewismus vorwiegend in den übrigen europäischen Ländern. Es trat mit den verschiedensten dem Nationalsozialismus zuneigenden und den Bolschewismus bekämpfenden Gruppen in Verbindung, wobei es sein Hauptaugenmerk auf die an die Sowjetunion angrenzenden Völker und Staaten richtete, die einerseits einen Isolierungsring um den bolschewistischen Nachbarn, andererseits aber auch die Flügelstellung zum deutschen Lebensraum und eine Flankenstellung gegenüber den Westmächten, insbesondere Großbritannien gegenüber, einnahmen. In Berücksichtigung der völlig verschiedenartigen Lebensverhältnisse, der blutmäßigen und geistigen Bindungen und der geschichtlichen Abhängigkeit in den vom Amt beobachteten Bewegungen in diesen Ländern sah es sich daher zur Anwendung der abweichendsten Methoden genötigt, um auf diesen oder jenen Wegen zu der gewünschten Einflußnahme zu gelangen.

In Skandinavien, in dem nach dem Weltkrieg von 1914/1918 eine immer ausgesprochenere pro-angelsächsische Einstellung, auf wirtschaftlicher Grundlage fußend, vorherrschend wurde, legte das Amt den ganzen Nachdruck auf eine Einwirkung über die allgemein kulturellen Beziehungen zu den nordischen Völkern. Zu diesem Zweck nahm es die Nordische Gesellschaft in Lübeck in seine Obhut.

037465

H3604 – 0005

007-PS

Deren Reichstagungen waren von zahlreichen hervorragenden Persönlichkeiten, vor allem auch aus Finnland, beschickt. Während in Schweden und Dänemark eine rein politische Zusammenarbeit sich nicht eröffnete, fand sich in Norwegen dagegen eine auf dem großgermanischen Gedanken fußende Vereinigung vor, mit deren Gründer eine sehr enge Verbindung hergestellt wurde, die dann auch zu weiteren Folgen führte. (Nähere Ausführungen siehe Anlage I)

Der Südosten wurde vom französischen Bündnissystem der Nachkriegszeit beherrscht. Die in der kleinen Entente zusammengefaßten Staaten bezweckten eine günstigere Verteidigung des durch den Krieg eingebrachten Raubs. Jedes dieser Länder suchte außerdem in dem gegenseitigen Unterstützungsvertrag eine Sicherung gegen einen Überlegenen Geg ner zu gewinnen: die Tschochoslowakei gegen Deutschland, Jugoslawien gegen Italien, Rumänien gegen die Sowjet-Union. Während in der Tschechoslowakei die dort noch vorhandenen zum Teil panslawistischen freimaurerischen und pro-jüdischen Tendenzen sich in einem besonderen Haß gegen alles Deutsche fanden, war in Rumänien das Gefühl der Unsicherheit und der Angst gegenüber dem übermächtigen Nachbarn, dem es Bessarabien genommen hätte, im Wachsen begriffen. In Rumänien existierte noch eine ganz ursprünglich antisemitische Gruppe, deren akademisch doktrinäre Haltung zwar eine große politische Auswirkung verhinderte, aber doch Anknüpfungspunkte bot. Das Außenpolitische Amt griff diese auf, erweiterte sie, inspirierte eine neue Parteigründung und erzwang dadurch eine entscheidende Veränderung der gesamten politischen Verhältnisse in Rumänien, die sich bis auf den heutigen Tag auswirkt. (Nähere Ausführungen siehe Anlage II.)

Allein auf die früher völlig entrechteten Bündnisstaaten des Weltkrieges, auf Ungarn und Bulgarien, äußerte sich eine gewisse Anziehung des neu gebildeten Kraftzentrums im Norden. Sie war getragen von der Hoffnung, durch die Wiedererstarkung Deutschlands auch zu einer eigenen Machtausweitung zu gelangen. Doch zeigte sich in Bulgarien eine gewisse Reserve oder Antipathie

H3604 – 0006

zum Nationalsozialismus auf einer weit verbreiteten kommunistischen Verseuchung beruhend, in Ungarn eine ähnliche Reserve, getragen von den noch immer tonangebenden feudalen, sich auf die jüdischen Kapitalkräfte stützenden Schicht. Immerhin mag hier erwähnt werden, daß der erste fremde Staatsbesuch nach der Machtübernahme durch die Vermittlung des Außenpolitischen Amtes erfolgte. Der in früheren Jahren selbst antisemitische und rassenpolitische Tendenzen verfolgende, auf den ungarischen Ministerpräsidentenstuhl gelangte Julius Gömbös, mit dem das Amt eine persönliche Verbindung hatte, stattete im September 1933 Deutschland einen Besuch ab und wurde vom Führer in Erfurt empfangen. Mit diesem Besuch war die offizielle Isolierungsschicht gegenüber dem Nationalsozialismus zum ersten Mal gebrochen. Durch Vermittlung des Amtes war der Empfang des rumänischen Dichters und ehemaligen Ministers Octavian Goga beim Führer vorausgegangen, der später zum entscheidenden Exponenten einer politischen Annäherung an Deutschland wurde.

In Jugoslawien waren andere deutsche Reichsbehörden im gleichen Sinne tätig geworden, so daß sich das Außenpolitische Amt zurückhielt und seine Bestrebungen auf das rein wirtschaftliche Gebiet verlegte. Von ihm wurden erste Abmachungen mit kroatischen und serbischen Genossenschaften eingeleitet.

Aus wehrwirtschaftlichen Gründen vertrat das Amt den Gedanken einer möglichst weitgehenden Umlagerung des Rohstoffbezuges aus Übersee nach den verkehrstechnisch zu Lande erreichbaren Gebieten, d.h. vorwiegend in den Balkan, soweit dieses natürlich praktisch möglich war. Bei diesen Bestrebungen fand das Amt zuerst wenig Gehör, später aber die tatkräftige Unterstützung besonders seitens des Nährstandes, durch dessen Mitarbeit z.B. auf dem Gebiet des Obst- und Gemüsebezuges eine sehr wesentliche Umlagerung der Bezugsquellen erzielt wurde, besonders durch die nun auch eingeleitete Zusammenarbeit mit kroatischen und ungarischen Genossenschaften sowie wirtschaftlichen Vereinigungen auf dem ganzen Balkan.

H3604 – 0007

Da zu Italien noch aus der Kampfzeit besondere Bindungen persönlicher Art bestanden, die von staatlichen Institutionen übernommen oder von einzelnen Persönlichkeiten weitergepflegt wurden, schied eine Bearbeitung von vornherein aus, ebenso wie die Bearbeitung der Ostmark, für die in der NSDAP. eine besondere Landesleitung Österreich bestand.

Eine Befassung mit den Fragen der Volksdeutschen im Ausland lehnte das Amt ab. Für diesen Komplex wurde später die Volksdeutsche Mittelstelle geschaffen.

Gegenüber den Westeuropäischen Staaten beschränkte das Amt seine Tätigkeit auf eine reine Beobachtung der gegebenen Verhältnisse oder auf Anknüpfung von Beziehungen besonders wirtschaftlicher Art, vornehmlich in Belgien, Holland und Luxemburg.

Gegenüber England bemühte sich das Amt entsprechend der vom Führer festgelegten außenpolitischen Haltung um die Herstellung weitreichender Verbindungen durch laufende persönliche Fühlungnahme mit einflußreichen Persönlichkeiten des englischen politischen Lebens. Namhafteste Engländer wurden zu den Parteitagen geladen.

In Verfolg der selbstgewählten Aufgabe wandte das Amt auch seine Aufmerksamkeit Vorderasien zu. Die durch Mustafa Kemal neu konsolidierte Türkei nahm dem Nationalsozialismus gegenüber eine zögernde und abwartende Haltung ein. Die Stellung war wohl bedingt einerseits durch die in der Türkei klar erkannte militärische Ohnmacht gegenüber der Sowjet-Union, andererseits aber auch durch die schon früher gegenüber dem faschistischen Italien in Erscheinung getretene Gegnerschaft. In Iran stieß dagegen die Initiative des Amtes auf wirtschaftlichem Gebiet zur Intensivierung des gegenseitigen Warenaustausches auf das größte Verständnis und die größte Bereitwilligkeit in der Durchführung. Die vom Amt mit Hilfe von Wirtschaftskreisen zur wirtschaftlichen Durchdringung Irans auf ganz neuen Wegen entwickelte Initiative, die natürlich auch in Deutschland bei den zuständigen staatlichen Stellen zuerst

H3604 – 0008

auf völlige Ablehnung und auf Widerstand stießen, der erst überwunden werden mußte, drückte sich in einer außerordentlich günstigen Weise in den gegenseitigen Handelsbeziehungen aus. Im Laufe von wenigen Jahren verfünffachte sich das Handelsvolumen mit Iran, und im Jahre 1939 hatte der iranische Warenumsatz mit Deutschland die erste Stelle erreicht und den bisher größten und gefürchtetsten Konkurrenten, sogar Sowjetrußland, aus dem Felde geschlagen. Gleichzeitig mit der Belebung der Wirtschaftsbeziehungen hatte das Amt aber auch die kulturellen Beziehungen intensiviert, und im Zusammenhang mit dem steigenden wirtschaftlichen Einfluß eine Reihe von Deutschen geleiteten und gelenkten Kulturinstitutionen in engster Zusammenarbeit mit der iranischen Regierung geschaffen, so daß schon seit dem Jahre 1936 der dominierende französische Kultureinfluß in Iran gebrochen war.

Gleichzeitig versuchte das Amt, auch Afghanistan in seinen Interessenkreis zu ziehen. Die mit einzelnen führenden Persönlichkeiten in Afghanistan angeknüpften Beziehungen führten zu einer bereitwilligen Erschließung des bisher von Deutschland ziemlich vernachlässigten Landes. Alle führenden Persönlichkeiten Afghanistans waren Gäste des Amtes. Die Beteiligung der deutschen Wirtschaft am industriellen Aufbau des Landes wurde vom Amt begünstigt. Deutsche Fachkräfte wurden durch die Vermittlung des Amtes in steigendem Maße auf allen Lebensgebieten nach Afghanistan berufen. Die deutsche Kolonie wurde zur dominierenden in Afghanistan. Die Vorbereitung zum Ausbau der afghanischen Armee lag in deutschen Händen. Die Weiterführung wurde durch den Kriegsausbruch verhindert. Wenn auch späterhin die deutsche Kolonie Afghanistan verlassen mußte, so ist die heutige neutrale Stellung Afghanistans zu einem nicht geringen Teil auf die Tätigkeit des Amtes zurückzuführen.

Auch die arabische Frage wurde in die Bearbeitung des Amtes einbezogen. Trotz der politischen Bevormundung des Irak durch England stellte das Amt eine Reihe von Verbindungen zu einer Reihe führender Persönlichkei-

H3604 - 0009

ten der arabischen Welt her, die starken Bindungen an Deutschland die Wege ebneten, wobei auch der wachsende Einfluß des Reiches im Iran und in Afghanistan seine Rückwirkungen auf Arabien nicht verfehlte. Alle diese Beziehungen erfolgten auf rein wirtschaftlicher Grundlage und begünstigten das systematisch gelenkte Vorgehen des deutschen Einflusses und Ansehens in den sich von den Westmächten vorbehaltenen Domänen. Hierbei mag ganz allgemein erwähnt werden, daß die innere Bedrohung der englischen Vormachtstellung in jenen Gebieten bei Ausbruch des Krieges eine bedeutend ausgesprochenere gewesen wäre, wenn die vorausblickende, die orientalischen Verhältnisse sehr wohl berücksichtigende Initiative des Amtes nicht von der staatlichen Behörde dauernd außer acht gelassen worden wäre.

In Voraussicht eines sich besonders auf dem Balkan und im Orient durch Umlagerung bzw. Erhöhung des Warenaustausches notwendig ergebenden verkehrstechnischen Ausbaus des Donau-Wasserweges versuchte das Amt initiativ auch auf den Ausbau unserer Donauschiffahrt durch unsere zuständigen Stellen (besonders bei der Bayerischen Regierung) unter Hinzuziehung der daran besonders interessierten privatwirtschaftlichen Kreise einzuwirken (vor allem auch der Ausbau des Hafens Regensburg). Trotz jahrelangen Hinweises auf die immer vordringlicher werdende Notwendigkeit und trotz einer rastlosen Initiative waren die Bemühungen des Amtes leider in dieser Hinsicht von keinem Erfolg gekrönt, was wohl heute von allen dafür verantwortlichen Stellen auf das schmerzlichste bedauert wird.

Aus der übrigen Initiative des Außenpolitischen Amtes verdient noch hervorgehoben zu werden die Bestrebung zur Anpflanzung der gummihaltigen Kok Sagys, die auch in der Sowjetunion angebaut werden, in Deutschland. Trotz jahrelanger Bemühungen gelang es infolge der latenten Uneinigkeit aller zuständigen Stellen nicht, größere Versuchsfelder im Reich anzubauen. Das Amt sah sich gezwungen, mit Hilfe seiner Verbindungen auf dem Balkan, auf Versuchsfelder in Griechenland zurückzugreifen.

H3604 – 0010

Etwas abseits lag die aus persönlichen Beziehungen erwachsene Initiative des Amtes in Brasilien. Es gelang, große Posten Baumwolle auf dem Verrechnungsweg nach Deutschland zu bringen (60.000 Tonnen), als der Bezug dieses Rohstoffes äußerst kritisch wurde und schon zu Arbeitseinschränkungen zwang. Ein Vertreter des Amtes war zwei Mal Gast der Brasilianischen Regierung. Brasilien und Iran waren die einzigen Staaten, in denen Deutschland den unentbehrlichen Rohstoff gegen Reichsmark erwerben konnte. In einer Rede brachte der Brasilianische Botschafter dem Chef des Amtes gelegentlich einer Ausstellung seinen Dank für diese wirtschaftliche Anbahnung zum Ausdruck.

Zu verzeichnen wären ferner die rund 40 Vortragsabende für die Diplomatie und ausländische Presse über den Aufbau des neuen Deutschlands, auf denen viele führende Persönlichkeiten des Reiches sprachen.

Die politisch mögliche Initiative hat das Amt durchgeführt. Mit dem Ausbruch des Krieges durfte es seine Aufgabe als abgeschlossen betrachten. Die Auswertung der vielen persönlichen Beziehungen in vielen Ländern kann in anderer Form wieder aufgenommen werden.

Rosenberg

2 Anlagen
I Norwegen
II Rumänien

037471

H3604 - 0011

Anlage I zum kurzen Tätigkeitsbericht des Aussenpolitischen Amtes der NSDAP. von 1933-1943.

Die politische Vorbereitung der militärischen Besetzung Norwegens in den Kriegsjahren 1939/1940.

Wie schon erwähnt, erschien von allen politischen Gruppierungen in Skandinavien nur die in Norwegen vom ehemaligen Kriegsminister und Major a.D. Vidkun Quisling geführte "Nasjonal Samling" einer ernsteren politischen Beachtung würdig. Sie war eine politische Kampfgruppe, getragen von der Idee einer grossgermanischen Gemeinschaft und wurde natürlich von allen herrschenden Kräften angefeindet, die ihren Durchbruch in der Bevölkerung mit allen Mitteln zu verhindern trachteten. Das Amt hielt mit Quisling eine dauernde Verbindung aufrecht und verfolgte aufmerksam seine mit zäher Energie geführten Angriffe auf die im englischen Fahrwasser segelnde Bourgeoisie. Es erschien von vornherein wahrscheinlich, dass ohne umwälzende, die Bevölkerung aus ihrer bisherigen Einstellung aufwühlende Ereignisse ein erfolgreiches Fortschreiten der Nasjonal Samling nicht zu erwarten war. Im Winter 1938/39 wurde Quisling durch ein Mitglied des Amtes privat besucht. Als sich die politische Lage in Europa 1939 zuspitzte, erschien Quisling auf der Tagung der Nordischen Gesellschaft im Juni in Lübeck und entwickelte seine Auffassung der Lage und seine Befürchtungen bezüglich Norwegens. Nachdrücklich machte er auf die geopolitisch entscheidende Bedeutung Norwegens im skandinavischen Raum aufmerksam und auf alle jene Vorteile, die im Falle eines Konfliktes zwischen dem Grossdeutschen Reich und Grossbritannien jener Macht erwachsen würde, die die norwegische Küste beherrsche. In der Annahme, dass die Ausführungen Quislings aus fliegerstrategischen Gründen Reichsmarschall Göring besonders interessieren würden, wurde Quisling vom Amt an Staatssekretär Körner

H3604 – 0012

verwiesen. Dem Chef der Reichskanzlei übergab der Stabsleiter des Amtes zwecks Überreichung an den Führer eine Denkschrift in derselben Angelegenheit noch unter Berücksichtigung der damals zweifelhaften Haltung Sowjet-Russlands. Nach Ausbruch der deutsch-polnischen Feindseligkeiten und des sowjetisch-finnischen Krieges verschärften sich die Spannungen in Skandinavien und erleichterten der angelsächsischen Propaganda die Arbeit. Die Möglichkeit einer von Grossbritannien beabsichtigten Besetzung Norwegens, vielleicht auch Schwedens, um die Blockade gegen Deutschland in der Nordsee praktisch zu schliessen und bequeme Flugzeugstützpunkte gegen Deutschland zu gewinnen, begann sich unter dem Vorwand einer uneigennützigen Finnlandhilfe abzuzeichnen mit dem Ziel, auch die Nordstaaten in eine militärische Auseinandersetzung gegen Grossdeutschland hereinzuziehen. Besorgt über diese Entwicklung erschien Quisling nochmals im Dezember 1939 in Berlin, wo er Reichsleiter Rosenberg und Grossadmiral Raeder aufsuchte. In einem Vortrag beim Führer brachte Reichsleiter Rosenberg noch einmal das Gespräch auf Norwegen und wies insbesondere auf dessen Bedeutung hin, falls England, um seine Blockade zu verschärfen, unter dem Deckmantel einer angeblichen Finnlandhilfe zu einer von den Norwegern geduldeten Besetzung schreiten würde. Auch Grossadmiral Raeder war auf Grund seiner Unterhaltung mit Quisling und auf seine Bitte hin zum Führer bestellt worden. Als Ergebnis dieser Schritte wurde Quisling am 16. und noch einmal am 18. Dezember zur persönlichen Unterredung vom Führer empfangen. In dieser Unterredung betonte der Führer wiederholt, dass ihm persönlich eine völlig neutrale Haltung Norwegens wie auch ganz Skandinaviens am liebsten wäre. Er habe nicht die Absicht, die Kriegsschauplätze zu erweitern und noch andere Nationen in den Konflikt hineinzuziehen. Wenn aber von der feindlichen Seite eine Ausweitung des Krieges vorbereitet würde mit dem Ziel, eine weitere Abschnürung und Bedrohung des grossdeutschen Reiches durchzusetzen, würde er genötigt sein, sich gegen ein

H3604 - 0013

solches Vorgehen zu wappnen. Um der zunehmenden feindlichen Propagandatätigkeit ein Gegengewicht zu schaffen, sagte der Führer Quisling eine finanzielle Unterstützung seiner auf dem grossgermanischen Gedanken fussenden Bewegung zu. Die militärische Bearbeitung der nunmehr aufgenommenen Fragen wurde dem militärischen Sonderstab übertragen, der Quisling besondere Aufträge übermittelte. Die politische Bearbeitung sollte Reichsleiter Rosenberg übernehmen, die finanziellen Unkosten das Auswärtige Amt tragen, wobei der Reichsaussenminister vom Aussenpolitischen Amt fortlaufend informiert werden sollte. Die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Quisling wurde Amtsleiter Scheidt übertragen, der im Verlauf der weiteren Entwicklung dem Marineattaché in Oslo, Korvettenkapitän Schreiber, zugeteilt wurde. Es wurde die strengste Geheimhaltung der ganzen Angelegenheit angeordnet.

Schon im Januar verschärften sich die von Quisling über seinen Vertreter in Deutschland, Hagelin, weitergegebenen Meldungen über die Möglichkeit des Eingreifens der Westmächte in Norwegen unter Duldung der norwegischen Regierung. Die immer begründeteren Mitteilungen standen im schärfsten Gegensatz zu der Auffassung der Deutschen Gesandtschaft in Oslo, die auf den Neutralitätswillen der damaligen norwegischen Regierung Nygardsvold baute und von der verteidigungsbereiten Neutralitätsabsicht dieser Regierung überzeugt war. Es gelang dem Vertreter Quislings für Deutschland, von dem niemand in Norwegen wusste, dass er in engster Beziehung zu Quisling stand, im Kreise der Regierung Nygardsvold Fuss zu fassen und die ungeschminkte Auffassung der norwegischen Regierungsmitglieder zu hören. Hagelin übermittelte das von ihm Gehörte dem Amt, das seine Nachrichten durch Reichsleiter Rosenberg dem Führer zukommen liess. In der Nacht vom 16. und 17. Februar überfielen englische Zerstörer den deutschen Dampfer "Altmark" im Jössingfjord. Das Verhalten der norwegischen Regierung in dieser Frage liess darauf schliessen, dass unter der Hand schon irgendwelche bestimmten Vereinbarungen zwischen der norwegischen

037474

H3604 -0014

Regierung und den Alliierten getroffen worden waren. Eine solche Annahme wurde auch durch Berichte von Amtsleiter Scheidt bestätigt, der seinerseits von Hagelin und Quisling die Informationen bezog. Auch nach diesem Vorfall verfocht aber die Deutsche Gesandtschaft in Oslo die gegenteilige Ansicht und legte sich auf den guten Willen der Norweger fest.

In der Zwischenzeit war es Hagelin gelungen, durch seine Verbindung in Norwegen als Vertrauensmann der norwegischen Marine mit dem Ankauf von deutschen Flaks über das deutsche Marineministerium betraut zu werden. Durch diese Verbindung erhielt er immer mehr Einblick in die eigentlichen Auffassungen und Absichten der norwegischen Regierung Nygardsvold und in die von den Alliierten in Norwegen schon eingeleiteten Vorbereitungen. Anlässlich seiner Anwesenheit in Berlin am 20.März zu Verhandlungen über deutsche Flaklieferungen machte er die Mitteilung, dass die Alliierten nunmehr schon die norwegischen Hafenstädte auf Lade- und Transportmöglichkeiten untersuchten. Der mit dieser Aufgabe betraute französische Kommandant habe in einem vertraulichen Gespräch dem Kommandanten von Narwik, einem Anhänger Quislings, die Absichten der Alliierten enthüllt, motorisierte Truppen in Stavanger, Drontheim und evtl. auch Kirkenes zu landen und den Flughafen Sola bei Stavanger zu besetzen. Auch verschärfte Hagelin seine Warnungen über die zwischen den Alliierten und der norwegischen Regierung geheim getroffenen Vereinbarungen, dass bei einer evtl. Besetzung von Hafenstädten durch die Alliierten sich die norwegische Regierung allein mit papiernen Protesten begnügen würde. Er wies darauf hin, dass die norwegische Regierung niemals die Absicht gehabt hätte, ernstlich gegen England Stellung zu nehmen und nur um Zeit für vollendete Tatsachen zu gewinnen, Deutschland gegenüber ein doppeltes Spiel treibe. Er gab auch bekannt, dass die norwegische Regierung von England informiert worden wäre, Deutschland beabsichtige, eine Minensperre von Jütland nach der norwegischen Küste zu legen. Auf Grund aller ihm zugetragenen Nachrichten

H3604 – 0015

könne Quisling nunmehr seinen Rat, die weitere Entwicklung in Norwegen noch etwas abzuwarten, nicht mehr aufrecht erhalten, sondern er müsse darauf hinweisen, dass eine jede Verzögerung der deutschen Gegenaktion ein ausserordentliches Risiko bedeute. Diese Meldungen wurden von Reichsleiter Rosenberg sofort dem Führer übergeben. In Bestätigung dieser von Quisling und seinen Vertrauensleuten gemachten Mitteilungen und im Gegensatz zu der bis zum Schluss vertretenen Auffassung der Deutschen Gesandtschaft in Oslo und des Bearbeiters im Auswärtigen Amt holten dann die Alliierten am 8. April zum ersten Schlag als Auftakt für die von ihnen beabsichtigte Besetzung Norwegens aus. In der Nacht vom 7. zum 8. April legte die alliierte Flotte Minensperren vor der norwegischen Küste und die alliierten Regierungen unterrichteten die Weltöffentlichkeit von ihrem Vorgehen. Entsprechend den vom Amt gemachten Angaben erfolgten aus Norwegen nur ständig lauer werdende Proteste. Auf Befehl des Führers ging dann Grossdeutschland nach entsprechender Vorbereitung in der Frühe des 9. April zum Gegenschlag über und besetzte die wichtigsten norwegischen See- und Lufthäfen.

037470

H3604 – 0016

Anlage II: Rumänien (Vom Sturz Titolescus zum Marschall Antonescu)

In dem von dynastischen Streitigkeiten und zahllosen Parteikämpfen zerrissenen Land der Nachkriegszeit, das trotz seiner fast gänzlichen Okkupation durch die Mittelmächte im vorigen Weltkrieg zum Teil sogar auf Kosten des ehemaligen östlichen Verbündeten Versailles seine Neuschöpfung verdankte, existierte eine in ihrem Urgrund gesunde antisemitische Strömung. Sie war aber trotz mehrfacher Ansätze infolge ihrer nur wissenschaftlich doktrinären Führung nie über die Grenzen eines Vereins hinausgekommen. Hier fehlte der führende Kopf einer politischen Persönlichkeit. Nach vielerlei tastenden Versuchen glaubte das Amt, eine solche im ehemaligen Minister und Dichter Octavian Goga gefunden zu haben. Es fiel nicht schwer, den von instinktiven Eingebungen erfüllten Dichter zu überzeugen, dass die Erhaltung eines Grossrumäniens, dessen Schaffung zwar gegen Wien erfolgen musste, nur mit Berlin möglich war, und in ihm den Wunsch zu wecken, rechtzeitig das Schicksal Rumäniens mit der Zukunft des nationalsozialistischen Deutschen Reiches zu verbinden. Durch dauernde Beeinflussung gelang es dem Amt, sowohl Octavian Goga als auch Professor Cuza zu veranlassen, die von ihnen geführten Parteien auf antisemitischer Grundlage miteinander zu verschmelzen, um den Kampf für die Erneuerung Rumäniens nach innen und seinen Anschluss an Deutschland nach aussen mit vereinten Kräften aufzunehmen. Beide bisher verschiedene Namen tragende Parteien verschmolzen durch die Initiative des Amtes in der Nationalchristlichen Partei unter Führung Gogas und unter einer Ehrenpräsidentschaft Cuzas. Die gleichzeitig vom Amt ausgehenden Versuche eines Zusammenschlusses mit der viel jüngeren, aber tatkräftigeren Bewegung der Eisernen Garde scheiterten fürs erste an den persönlichen unüberwindlich scheinenden Gegensätzen zwischen Cuza und Codreanu, führten allerdings zu einem geheimen,

H3604 – 0017

guten persönlichen Verhältnis zwischen Goga und dem mystisch-phantastischen Codreanu. -

Im Laufe der Jahre war es dem König nach seiner Rückkehr durch eine raffinierte Taktik gegenüber den herrschenden politischen Parteien gelungen, zum ausschlaggebenden Faktor im Lande zu werden. Wäre dem Amt auch der Zusammenschluss zwischen der nationalchristlichen Partei und Codreanu gelungen, dann hätte Rumänien eine scharfe antisemitische sich auf grosse Massen stützende Führung erhalten, die ihr Ziel auch gegen den Willen des Königs hätte durchsetzen können. Allein die aufrecht erhalten gebliebene Rivalität in den antisemitischen Bestrebungen im Lande gaben später dem König die Möglichkeit, sie einzeln für seine Pläne zu gebrauchen, um sie nach Möglichkeit zu vernichten.

Zuvor gelang es aber Goga, in dem mit inneren Schwung aufgenommenen Kampf um die Neuordnung der rumänischen Aussenpolitik die Stellung des Aussenministers Titulescu, des Repräsentanten Frankreichs, des Genfer Völkerbundes und der Kleinen Entente zu erschüttern und ihn später zu stürzen. Von den zahlreichen nicht sehr bedeutungsvollen Splitterparteien unterstützte die von George Bratianu gegründete Gruppe der "Jungliberalen" die Goga-Aktion, ohne sich der antisemitischen Strömung anzuschliessen. Auch die zwischen allen Lagern hin und her schwankende rumänische Front Vaida Voevods nahm einige Zeit eine ähnliche Stellung ein. Mit beiden Richtungen unterhielt das Amt durch Mittelsmänner laufend Beziehungen, wie es auch durch Stabsleiter Schickedanz die einzuschlagende Taktik laufend mit Goga beriet. Dem ganzen Kampf sehr fördernd war der steigende Druck Sowjetrusslands in der bessarabischen Frage und die von Paris und Prag unterstützte Aktion der politischen Annäherung an Moskau. Nach einer langen Periode sich ablösender parteipolitischer Skandal- und Korruptionsprozesse war in Rumänien der innere Kampf durch das Hervortreten der christlich-nationalen Partei und der Eisernen Garde um die künftige Gestaltung Rumäniens verschärft worden, der mit wachsender Erbitterung aus-

037478

H3604 – 0018

gefochten wurde. Der König nahm der nationalen Bewegung gegenüber eine hinhaltende und hinterhältige Stellung ein. Sie war ihm recht zur Beseitigung der traditionsgemäss einander in der Regierung ablösenden beiden Parteien. Aber eine eindeutige Durchsetzung des vom erstarkenden Nationalismus beeinflussten antisemitischen und völkischen Prinzips im Lande gedachte er zu verhindern. Daher passte ihm die innerlich von Deutschland angestrebte Aussenpolitik der Nationalen nicht in sein Konzept. Im Besitz der Polizei- und Militärkräfte blieb er der ausschlaggebende Faktor im Lande. Nach wiederholten Verzögerungen der gesetzlich fälligen Wahlen entschloss sich der König auf Grund eines sehr zuverlässigen Berichtes seines damaligen Ministerpräsidenten Tatarescu zur Ausschreibung von Neuwahlen. Tatarescu war der Überzeugung, dass die Liberale Partei mit den in Rumänien üblichen Machenschaften wieder 40 % aller abgegebenen Stimmen erhalten würde. Nach einem sehr scharfen Wahlfeldzug erlitt die liberale Partei jedoch eine empfindliche Niederlage. Die oppositionelle nationale Bewegung hatte trotz aller angewandten Schikanen und trotz des Druckes des gesamten Regierungsapparates und der gegnerischen Machenschaften einen unzweifelhafen Sieg errungen. Auf die Eiserne Garde entfielen ung. 16 % der abgegebenen Stimmen, auf die Nationalchristliche Partei Goga-Cuza ung. 11 %, auf die Regierungspartei ung. 35 %, die übrigen Stimmen waren zersplittert. Nach einigem Schwanken und Zögern berief der König am 27.12.1937 Goga zum Ministerpräsidenten unter der festen Zusage der Entlassung des Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen in der gesetzlich festgelegten Frist. Goga schenkte dem abgegebenen Versprechen des Königs Glauben, trotz aller Warnungen des Amtes. Der König trachtete jedoch nur danach, Zeit zu gewinnen.

Damit war eine zweite Regierung auf völkischer und antisemitischer Grundlage in Europa in Erscheinung getreten, in einem Lande, in dem ein solches Ereignis für völlig ausgeschlossen gehalten wurde. Die Regierung

H3604 – 0019

bekundete sofort ihre Absicht, gegen die jüdische Vorherrschaft im Lande vorzugehen und erklärte wiederholt, die bisherige Außenpolitik Rumäniens einer Überprüfung und Neuordnung unterziehen zu müssen. Inzwischen versäumte auch die jüdisch-freimaurerische und liberale Gegnerschaft nicht die Zeit. Die Leidenschaften entfachten sich immer erbitterter. Es versprach, ein heißer, blutiger Wahlkampf zu werden, in dem die Aussicht der Christlich-nationalen Partei Gogas, nachdem er unter der Hand durch die Mitwirkung des Amtes eine geheime Verabredung mit Codreanu getroffen hatte, auf einen großen Sieg mit bestimmter Gewißheit hinwies. Allerdings folgte Goga dem Rat des Amtes nicht, die Parteiformationen unverzüglich auszubauen, die Parteiorganisationen im ganzen Lande zu vergrößern und die Polizei und Gendarmerie zu durchsetzen. Goga verschob die Ausführungen der auch von ihm vorgesehenen organisatorischen Umbildung bis nach den Wahlen. Er fühlte sich gegenüber dem König verpflichtet, bis zum Wahlentscheid nichts zu unternehmen, aber nach Erringen der Mehrheit auf gesetzlichem Weg umso einschneidender vorzugehen. In zahllosen Rücksprachen muß es wohl der Gegnerschaft gelungen sein, den König zu überzeugen, daß ein Wahlsieg Gogas sich am schärfsten gegen den König selber auswirken würde. Er wäre dann nicht mehr imstande, die von ihm herbeigerufenen Geister wieder abzuschieben, sondern nach der Erreichung der zwei Drittel Mehrheit durch Goga wäre er, der König, der Gefangene Gogas. Diese Vorstellungen und die unkontrollierbaren jüdischen Einflüsse der am rumänischen Hof vorhandenen jüdischen Clique, ferner der Druck des französischen und britischen Gesandten führten einen Wechsel in der Haltung des Königs herbei, wenn dieser Wechsel nicht überhaupt schon von ihm bei der Berufung Gogas vorgesehen worden war. Der König beschloß, die Wahlen zu verhindern. Goga widersetzte sich. Darauf bot der König Goga die Bildung einer autoritären, d.h. allein aus königlicher Machtvollkommenheit geschaffenen Regierung an. Das war der Staatsstreich. Goga lehnte ab. Darauf erklärte der König Goga, daß er die ihm gar nicht angebotene Demission des

H3604 – 0020

Kabinetts annehme. Zu spät erkannte Goga, daß seine Machtmittel völlig unzureichend waren, um die Pläne des Königs zu durchkreuzen. Er demissionierte.

Aber die einmal eingeschlagene Richtung zwang auch den König zu gewissen Rücksichten auf die im Lande erzeugte Stimmung. Auch war eine Rückkehr zu den zerrissenen außenpolitischen Bindungen nicht mehr möglich. Trotz der Errichtung des autoritären Systems stand Rumänien ohne die frühere Rückendeckung da. Das französische Sicherheitssystem war zerbrochen und schon im Hinblick auf die Haltung Jugoslawiens im Südosten nicht mehr aufzurichten, wo die von anderer deutscher Seite aufgenommenen Beziehungen den Zusammenhalt der Kleinen Entente gleichzeitig gelockert hatten. Das war doch der Erfolg der Goga-Regierung.

Kurz vor seinem Tode begrüßte Goga noch in seiner letzten großen Rede vor der rumänischen Akademie den Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich und bekannte sich zum letzten Mal zu der von ihm verfochtenen Anlehnung an das neue Großdeutsche Reich und das faschistische Italien.

Jetzt begann der Vernichtungskampf des Königs gegen die Eiserne Garde. Codreanu mit seinen nächsten Mitarbeitern wurde verhaftet und vor ein außerordentliches Militärgericht gestellt. Die Anklage basierte allein auf einem angeblichen Schreiben Codreanus an den Führer, das als gefälscht nachgewiesen wurde, und auf ein an den Führer gerichtetes Telegramm. Auf Grund dieser "Unterlagen" wurde er zu zehnjähriger Zwangsarbeit verurteilt. Vergeblich versuchte das Amt, eine Intervention des Auswärtigen Amtes in diesem das ganze Ansehen des Deutschen Reiches herabsetzenden Vorgang herbeizuführen. Es drang gegenüber den amtlichen Stellen nicht durch, die die gesamte Aktion des Amtes in Rumänien verurteilten, da die amtliche deutsche Vertretung ihr einziges Heil von der Einstellung des Königs und seiner Kreaturen erwartete. Folgerichtig legte man die widerspruchslose

-6-

037481

H3604 - 0021

Hinnahme dieser Herausforderung in Bukarest als Freibrief aus und erschoß Codreanu mit seinen nächsten Mitarbeitern nach der ersten persönlichen Fühlungnahme des Königs mit dem Führer!

Damit erschien auch die Eiserne Garde zum Untergang verurteilt. Aber Goga hinterließ einen persönlichen Erben, wenn auch seine Partei seiner Führung beraubt in die Bedeutungslosigkeit versank, das war der jetzige Marschall Antonescu. Goga hatte den beim König schlecht angeschriebenen politisch bedeutungslosen Provinzgeneral gegen den Willen des Königs zu seinem Kriegsminister gemacht. Der zuerst völlig französisch orientierte Antonescu bekannte sich allmählich unter dem Einfluß Gogas zu einer anderen Auffassung. Nach dem Rücktritt Gogas blieb Antonescu auf Wunsch Gogas noch im Ministerium des Königs und hielt auch die weiteren Beziehungen zur Eisernen Garde aufrecht. Dadurch wurde die Chance einer Beseitigung des Königs gegeben - und ausgenutzt. Antonescus weiteres Schicksal ist bekannt. Der Regierungschef Marschall Antonescu erscheint heute als praktischer Vollzieher des ihm von Goga hinterlassenen Erbes, der ihn aus seiner politischen Bedeutungslosigkeit auf die politische Arena geführt hatte. Damit war in Rumänien eine Wende im Sinne Deutschlands ermöglicht worden.

Rosenberg

037462

007-PS

GB84

H-3604

007 PS

Filed Dec. 6, 1945
[illegible]
Secy.

G. B. EXHIBIT

NO. 007 PS NAME G. B. EXHIBIT 84

GB84

18

037464

H3604 – 0022

H3604 – 0023

18 pages

NO.	NAME
007 PS	G. B. EXHIBIT 84

H3604-0024